

SCHRIFTEN DES BUNDESARCHIVS

Sonderreihe „Die zentralen deutschen Behörden
und der Nationalsozialismus“

2

Benedikt Kemper

Die Normierung des Wahnsinns

Unterbringungsrecht von der Weimarer Republik
bis ins geteilte Deutschland

Gebr. Mann Verlag · Berlin

D 6

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2023 Gebr. Mann Verlag · Berlin
www.gebrmannverlag.de

Alle Rechte vorbehalten.
Gedruckt auf säurefreiem Papier, das die US-ANSI-Norm über Haltbarkeit erfüllt.

Lektorat: Merle Ziegler, Gebr. Mann Verlag · Berlin
Satz: Gebr. Mann Verlag · Berlin
Coverentwurf: Alexander Burgold · Berlin
Coverabbildung: Zeitungsartikel aus dem USPD-Organ *Freiheit* vom 20. Januar 1922; o. V.:
Schutz gegen Freiheitsraub. Bei vollständiger Geistesklarheit für wahnsinnig erklärt – Ein
Fall von vielen! (5. Jg., Nr. 33, 1922, S. 5)

Schrift: Palatino
Papier: 80g/m² Werkdruck hochweiß
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co. · Göttingen
Printed in Germany

schriften.bundesarchiv.de (Open-Access-Ausgabe als E-PDF)
ISBN 978-3-7861-2914-1 (Print)

Inhalt

Geleitwort	9
Einleitung	11
Einleitende Überlegungen	11
Unsicherheitsempfinden im Kontext individuellen und organisationalen Handelns.....	17
Quellenlage und Forschungsstand.....	24
Anlage der Arbeit.....	29
1. Grundlagen der Untersuchung	33
1.1. Thematische Eingrenzung, Untersuchungsgegenstand und -zeitraum.....	33
1.2. Anstalten als Orte der Transformation von Unsicherheit	38
1.3. Rechtsgrundlagen psychiatrischer Zwangseinweisungen im 19. Jahrhundert.....	45
2. Reformversuche des Unterbringungsrechts im späten Kaiserreich	49
2.1. Mediale Einzelfälle als Antrieb gesetzlicher Reformen.....	50
2.2. Ansätze einer reichsweiten Regelung.....	50
2.3. Ansätze auf der Landesebene.....	53
2.3.1. Das badische Irrenfürsorgegesetz von 1910.....	53
2.3.2. Preußische Regelungsanläufe.....	56
3. Zwischen staatlicher Kontrolle und ärztlicher Autonomie – Das Ringen um verbindliche Einweisungsregeln in der Weimarer Republik	61
3.1. Ärztliche Abwehrrfolge – Das Scheitern eines umfassenden Irrenfürsorgegesetzes	62

3.1.1. Innerbürokratische Diskussionen über die Neuregelung des ‚Irrenrechts‘	62
3.1.2. Die Grundzüge zu einem Schutzgesetz für Geistesranke von 1923	65
3.1.3. Preußische Alleingänge.....	81
3.2. Zwangseinweisung als polizeiliche Aufgabe – Das preußische Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und der zugehörige Runderlass	94
3.2.1. Unterbringungsrecht als Nebenfolge einer Verwaltungsreform.....	95
3.2.2. Die Genese des preußischen Polizeiverwaltungsgesetzes in der Ministerialverwaltung.....	101
3.2.3. Das Polizeiverwaltungsgesetz im Parlament.....	110
3.2.4. Psychiatrische Zwangseinweisungen im preußischen Polizeiverwaltungsgesetz von 1931 und den folgenden Rechtsverordnungen	113
3.2.5. Stellungnahmen der Fachöffentlichkeit	121
3.3. (K)ein rechtsfreier Raum – Psychiatrische Zwangseinweisungen in der Weimarer Republik.....	133
4. Devianz als Gefahr für die ‚Volksgesundheit‘ – Normen und Praxis der nationalsozialistischen Psychiatrie.....	137
4.1. ‚Rassenhygiene‘ als Staatsräson – Der Umgang mit psychischer Devianz im ‚Dritten Reich‘	138
4.1.1. Die „Ideenkerne“ der NS-Gesundheitspolitik und ihre Auswirkungen auf die Psychiatrie	140
4.1.2. Nationalsozialistische Verbrechen hinter der „Fassade des ‚bürgerlichen Rechtsstaats““	144
4.2. Von der Erfassung bis zur Vernichtung – Normen und Maßnahmen im Zusammenhang mit psychischer Devianz nach 1933.....	146
4.2.1. Das Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens (GVG).....	147
4.2.2. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (GzVeN)	151
4.2.3. Die nationalsozialistischen Krankenmorde	155
4.3. Der untaugliche Versuch einer Neuregelung des ‚Irrenrechts‘ im Jahr 1944	163
4.4. Expandierende Unsicherheiten – Psychische Devianz in der Diktatur.....	166

5. Ein schweres Erbe – Unterbringungsrecht und Psychiatrie in der Besatzungszeit	169
5.1. West – Entwicklungen in der britischen Besatzungszone.....	171
5.1.1. Unterbringungsrecht und -praxis.....	171
5.1.2. Der Umgang mit den Medizinverbrechen nach 1945.....	173
5.2. Ost – Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone	177
5.2.1. Unterbringungsrecht und -praxis.....	177
5.2.2. Der Umgang mit den Medizinverbrechen nach 1945.....	184
5.3. Keine ‚Stunde Null‘ – Erbe und Gegenwart der Psychiatrie in der Besatzungszeit.....	190
6. Richter an die Macht – Die Reform der Unterbringungsgesetzgebung in der frühen Bundesrepublik	193
6.1. Die Zweifel der Öffentlichkeit – Psychiatrische Einweisungen im Fokus der Medien nach 1949.....	195
6.2. Die umstrittene Gültigkeit des Art. 104 GG und die Rechtslage in den Ländern.....	203
6.3. Verwaltungsbeamte als Schrittmacher einer Reform – Die Genese des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren bei Freiheitsentziehungen von 1956.....	216
6.3.1. Die Erarbeitung eines Ausführungsgesetzes zu Art. 104 GG in der Ministerialverwaltung.....	217
6.3.2. Die Verhandlung des Gesetzentwurfs im Bundestag.....	232
6.3.3. Das Verhältnis von Verwaltung und Interessenverbänden.....	246
6.4. Gesetzesreform als Privatprojekt – Das erneute Scheitern eines Irrenfürsorgegesetzes in der Bundesrepublik	253
6.4.1. Die Gesetzentwürfe Friedrich Kochs (BMI)	253
6.4.2. Weimarer Wurzeln? – Kontinuitäten und Brüche im Vergleich der Anläufe zu einem Irrenfürsorgegesetz in Weimar und Bonn.....	263
6.5. Die Landesgesetzgebung nach dem Scheitern des Bundesgesetzgebers – Das Beispiel Nordrhein-Westfalen.....	268
6.6. Alte Unsicherheiten im neuen Staat – Unterbringungsrecht in der Bundesrepublik.....	273

7. Überholen ohne einzuholen – Das DDR-Unterbringungsrecht bis ins Jahr 1968	279
7.1. Ein delikates Problem – Ungerechtfertigte Zwangseinweisungen im sozialistischen Staat.....	280
7.2. Sozialismus unter Zugzwang – Die Arbeiten an einer Unterbringungsverordnung und der Blick nach Westen	285
7.3. Das Gesetz über die Einweisung in stationäre Einrichtungen für psychisch kranke Personen von 1968.....	298
7.4. Der Klassenfeind als Kontrastfolie – Unterbringungsrecht im ‚anderen Deutschland‘	303
 Unterbringungsrecht zwischen Weimar, Bonn und Ostberlin	309
Fazit	309
Ausblick und Schluss	327
 Danksagung	331
 Abkürzungen	333
 Quellen- und Literaturverzeichnis	335
Quellen.....	335
Ungedruckte Quellen.....	335
Gedruckte Quellen.....	336
Literatur	339
 Personenregister	360